



Öffentliches Recht und Europarecht AKTUELL

47/2013 22.11.2013

REDAKTIONELLE LEITUNG:

Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler / Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. Bundesgesetzblatt

[BGBl I 204/2013](#)

Kundmachung des Bundeskanzlers über die **Aufhebung des § 140 Abs. 3 der Strafprozeßordnung** durch den Verfassungsgerichtshof

[BGBl I 205/2013](#)

Kundmachung des Bundeskanzlers über die **Aufhebung des letzten Satzes des § 31a Abs. 1 des Eisenbahngesetzes 1957** durch den Verfassungsgerichtshof

[BGBl II 346/2013](#)

Kundmachung des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung über die **Aufhebung von Satzungsbestimmungen von Universitäten** durch den Verfassungsgerichtshof

[BGBl II 347/2013](#)

Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der die **Informationspflichtenverordnung Pensionskassen** geändert wird

[BGBl II 352/2013](#)

Kundmachung des Bundesministers für Gesundheit, mit der die Kundmachung über **Einrichtungen und Vereinigungen mit Betreuungsangebot** für Personen im Hinblick auf **Suchtgiftmissbrauch** geändert wird

[BGBl II 354/2013](#)

Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der die **Immobilienfonds-OTC-Derivate-Gegenpartei-Verordnung** geändert wird

[BGBl II 355/2013](#)

Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der die **4. Derivate-Risikoberechnungs- und Meldeverordnung** geändert wird

[BGBl II 356/2013](#)

Verordnung der Bundesregierung, mit der die Verordnung der Bundesregierung, mit der Anforderungen an Arbeitsstätten von Dienststellen des Bundes festgelegt werden (**Bundes-Arbeitsstättenverordnung – B-AStV**), geändert wird

[BGBl II 357/2013](#)

Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung über die **Zulassung** von Absolventinnen und Absolventen von **Fachhochschul-Masterstudiengängen zum Doktoratsstudium**

[BGBl II 358/2013 \(Anlage\)](#)

Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der die **Finanzkonglomeratsquartalsberichts-Verordnung** geändert wird

[BGBl II 359/2013 \(Anlage 1A, Anlage 1B, Anlage 2A, Anlage 2B, Anlage 3A, Anlage 3B, Anlage 4\)](#)

Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) mit der die **Großkreditmeldungs-Verordnung** geändert wird

[BGBl II 360/2013](#)

Verordnung der Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie über die zulässigen Ein- und Ausflüge nach und von Flugfeldern (**Flugfelder-Grenzüberflugsverordnung 2013 – F-GÜV 2013**)

II. Amtsblatt der EU

[ABI L 305 v 15.11.2013, 13](#)

Durchführungsverordnung (EU) Nr 1150/2013 der Kommission vom 14. November 2013 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr 540/2011 hinsichtlich der **Bedingungen für die Genehmigung des Wirkstoffs Rapsöl**

[ABI L 310 v 20.11.2013, 13](#)

Beschluss 2013/668/GASP des Rates vom 18. November 2013 zur **Unterstützung der Maßnahmen der Weltgesundheitsorganisation** auf dem Gebiet der biologischen Sicherheit im Rahmen der **Strategie der Europäischen Union gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen**

III. Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts

A. Verfassungsgerichtshof

02.10.2013, [B 551/2012 ua](#)

Tir Flurverfassungs-LandesG; Zuordnung des Überschusses aus der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung (**Überling**) zum **Substanzwert des Gemeindegutes**; Nutzungsrechte am Gemeindegut auf den Haus- und Gutsbedarf der berechtigten Liegenschaft beschränkt; Verletzung einer Gemeinde im Recht auf Unversehrtheit des Eigentums infolge Zuordnung des Überlings zur Agrargemeinschaft

03.10.2013, [G 88/2011](#)

UGB; **Verlautbarungsg 1985**; Abweisung des – zulässigen – Individualantrags auf Aufhebung von Bestimmungen des Unternehmensgesetzbuches betreffend die **Verpflichtung zur Veröffentlichung des Jahresabschlusses** großer Aktiengesellschaften im Amtsblatt zur Wiener; zusätzlich zur Veröffentlichung in der Datenbank des Firmenbuchs vorgesehene Veröffentlichung in einem periodisch erscheinenden, weitgehend unentgeltlich zugänglichen Medium angesichts der bes-

seren Zugänglichkeit von Informationen für die interessierte Öffentlichkeit im rechtspolitischen Ermessen des Gesetzgebers

B. Verwaltungsgerichtshof

16.10.2013, [2010/04/0024](#)

VVG; ein Kostenvorauszahlungsauftrag wird durch eine Kostenvorschreibung nicht aus dem Rechtsbestand entfernt, allerdings wird die sich aus dem **Vorauszahlungsauftrag ergebende Zahlungspflicht** von der aus dem nunmehr endgültigen **Kostenfestsetzungsbescheid resultierenden Zahlungspflicht** verdrängt; die Höhe der Kostenvorschreibung kann aber zur Gänze bekämpft werden; dem Verpflichteten steht kein Mitspracherecht bei der Auswahl der Gewerbetreibenden zur Durchführung einer Ersatzvornahme zu; eine Verjährung des öffentlich-rechtlichen Anspruchs auf Ersatz der aus einer Ersatzvornahme resultierenden Kosten ist nicht vorgesehen; die Kosten des Schiedsverfahrens sind als Kosten des Vollstreckungsverfahrens angesehen und daher der Bf Partei vorzuschreiben; der Einsatz eigenen Personals und eigener Sachmittel der Behörde sind abzugelten; Finanzierungskosten sind als angemessen anzusehen, wenn sie jährlich den jeweils geltenden Basiszinssatz um nicht mehr als 2% übersteigen

22.10.2013, [2010/10/0086](#)

HochschulG 2005; vorzeitige Beendigung eines Bachelorstudiums an einer Pädagogischen Hochschule wegen **Überschreitung der doppelten Mindeststudiendauer**; mangels gesetzlicher Grundlage war die faktische „Aussetzung“ nicht geeignet, die Studiendauer zu unterbrechen; dass die „Einreichung“ der noch ausstehenden schriftlichen Arbeit durch die Bf vor Ablauf der doppelten Mindeststudiendauer erfolgte, ist nicht von Relevanz, weil der erfolgreiche Abschluss des Studiums spätestens am Ende der doppelten Mindeststudiendauer erforderlich ist

22.10.2013, [2010/10/0256](#)

ForstG; für die **Feststellung der Waldeigenschaft** genügt es, wenn die betreffende Fläche im Zeitpunkt der Antragstellung oder innerhalb der vorangegangenen zehn Jahre Wald war; auch im Fall eines amtswegigen Feststellungsverfahrens ist für die Berechnung der „vorangegangenen zehn Jahre“ der Zeitpunkt der Einleitung des Verfahrens maßgebend

IV. Gerichtshof der Europäischen Union

A. Gerichtshof

21.11.2013, [Rs C-494/12, Dixons Retail](#)

Richtlinie 2006/112/EG – Mehrwertsteuer – **Lieferung von Gegenständen** – Begriff – **Missbräuchliche Benutzung einer Bankkarte**

21.11.2013, [Rs C-302/12, X](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Art 43 EG – Kraftfahrzeuge – **Benutzung eines Personenkraftwagens in einem Mitgliedstaat, wenn dieser Wagen in einem anderen Mitgliedstaat zugelassen ist** – **Besteuerung** dieses Fahrzeugs im erstgenannten Mitgliedstaat bei seiner erstmaligen Ingebrauchnahme auf dem inländischen Straßennetz sowie im zweitgenannten Mitgliedstaat bei seiner Zulassung – Fahrzeug, das vom betroffenen Bürger **sowohl zu privaten Zwecken als auch für Fahrten vom Herkunftsmitgliedstaat aus zum Arbeitsort** im erstgenannten Mitgliedstaat benutzt wird

21.11.2013, [Rs C-284/12, Deutsche Lufthansa](#)

Staatliche Beihilfen – Art 107 AEUV und 108 AEUV – **Einer Billigfluggesellschaft von einem öffentlichen Unternehmen, das einen Flughafen betreibt, gewährte Vorteile** – Entscheidung über die Eröffnung des förmlichen Prüfverfahrens hinsichtlich dieser Maßnahme – **Verpflichtung der Gerichte der Mitgliedstaaten, sich nach der von der Kommission in dieser Entscheidung vorgenommenen Beurteilung hinsichtlich des Vorliegens einer Beihilfe zu richten**

B. Schlussanträge

[21.11.2013, Rs C-482/12, Macinský und Macinská \(GA Wahl\)](#)

Zulässigkeit – Richtlinie 93/13/EWG – **Verbraucherkreditvertrag** – **Missbräuchliche Klauseln** – Befriedigung einer gesicherten Forderung im Wege einer Versteigerung von Immobilien – Möglichkeit des Unterbleibens eines Gerichtsverfahrens nach nationalem Recht – **Effektivitätsprinzip** – **Zeitliche Beschränkung der Wirkungen eines Urteils**

[21.11.2013, Rs C-360/12, Coty Germany \(anciennement Coty Prestige Lancaster Group\) \(GA Jääskinen\)](#)

Internationale Zuständigkeit in Zivilsachen – Verordnung (EG) Nr 40/94 – Art 93 Abs 5 – **Zuständigkeit bei Gemeinschaftsmarkenverletzung** – Verordnung (EG) Nr 44/2001 – Art 5 Nr 3 – Besondere Zuständigkeit im Fall einer **unerlaubten Handlung** – Vom Beklagten in einem anderen Mitgliedstaat begangene Tat, die eine **Beihilfe** zu der in dem Mitgliedstaat begangenen Verletzungshandlung oder unerlaubten Handlung darstellt, in dem das angerufene Gericht seinen Sitz hat

[21.11.2013, Rs C-326/12, van Caster und van Caster \(GA Wathelet\)](#)

Freier Kapitalverkehr – Besteuerung von **Erträgen aus Investmentfonds**, die den Anlegern keine detaillierten Angaben zu den Einkünften übermitteln („**intransparente Fonds**“)

C. Gericht

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

21.11.2013, Beschwerde Nr. [16882/03](#), *Putistin / Ukraine*

Keine Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); Bf klagte Zeitung, die einen **Artikel** über die Teilnahme seines **Vaters** an einem Fußballmatch gegen die deutsche Luftwaffe **1942** und dessen **angebliche Zusammenarbeit mit der Gestapo** veröffentlichte, auf Richtigstellung; **keine Verletzung** des Bf in seinem Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens aufgrund **fehlender direkter Betroffenheit durch den Artikel**; hinreichender Interessenausgleich

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

Disclaimer

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerbe-recht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

Impressum

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Univ.-Ass. Mag. Julia Eder, Univ.-Ass. Mag. Fabian Hanz, Univ.-Ass. Mag. Lea Leingartner, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Wiss.-Mit. Sebastian Mauernböck.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.